

Amts-Blatt

der Königl. Preuß. Regierung zu Frankfurt a.D.

Stück 31.

Ausgegeben den 30. Juli

1902.

Inhalt: Inhalt von Nr. 33, 34 und 35 der Gesetz-Sammlung und von Nr. 36 des Reichs-Gesetzblatts S. 201. — Geschäftsbetrieb der Pfandleiher S. 201. — Erhebung der Schifffahrtsabgaben S. 201. — Ausloosung von $3\frac{1}{2}\%$ Rentenbriefen der Provinz Brandenburg (Litt. F—K) S. 202. — Genehmigung einer öffentlichen Verlosung für die Technische Kommission für Trabrennen in Berlin S. 202. — Belobigung für Lebensrettung S. 202. — Cigarmacher- und Tabakspinnengewerbe S. 202. — Zwangsinnung für das Schmiede- und Schlossergewerbe mit dem Sitz in Müncheberg S. 202. — Fischereiaufsicht über die Pulse S. 202. — Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiet S. 202. — Eingemeindung von Grundstücken S. 203. — Ausnahmetarif I (Holztarif) S. 203. — Personal-Chronik S. 204. — Pfarrstellenbesetzung S. 204. — Ausschreiben der Feuersoziätsbeiträge für das I. Halbjahr 1902 S. 204.

Gesetz-Sammlung.

Nr. 33 enthält: (Nr. 10377.) Bekanntmachung des Textes des Gesetzes, betreffend das Pfandrecht an Privateisenbahnen und Kleinbahnen und die Zwangsvollstreckung in dieselben vom 19. August 1895 in der nach dem Gesetze vom 11. Juni 1902 geänderten Fassung. Vom 8. Juli 1902.

Nr. 34 enthält: (Nr. 10378.) Gesetz, betreffend die Abänderung einzelner Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865. Vom 7. Juli 1902.

(Nr. 10379.) Verordnung wegen Feststellung der nach dem Gesetze, betreffend die Überweisung weiterer Dotationsrenten an die Provinzialverbände, vom 2. Juni 1902 zu gewährenden Jahresrenten. Vom 22. Juni 1902.

(Nr. 10380.) Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Solingen und Opladen. Vom 14. Juli 1902.

(Nr. 10381.) Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirkes des Amtsgerichts Gladbach. Vom 14. Juli 1902.

Nr. 35 enthält: (Nr. 10382.) Gesetz, betreffend die Abgrenzung und Gestaltung der Berufsgenossenschaften auf Grund des § 141 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft (Reichs-Gesetzbl. 1900 S. 641). Vom 16. Juni 1902.

Reichs-Gesetzblatt.

Nr. 36 enthält: (Nr. 2890.) Gesetz, betreffend die Abänderung des Branntweinsteuergesetzes vom 24. Juni 1887/16. Juni 1895. Vom 7. Juli 1902.

(Nr. 2891.) Süßstoffgesetz. Vom 7. Juli 1902.

(Nr. 2892.) Bekanntmachung, betreffend die Vereinbarung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und Luxemburgs. Vom 9. Juli 1902.

(1) Im Anschluß an die auf Grund des § 38 der Reichsgewerbeordnung erlassene Bekanntmachung vom 16. Juli 1881, betreffend den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen, sowie den Geschäftsbetrieb der Pfandleiher (M. Bl. d. i. V. S. 169), werden die Ortspolizeibehörden hierdurch ermächtigt,

1. sofern für ihren Amtsbezirk ein Bedürfniß dazu vorliegt, den Pfandleihern statt des bisher vorgeschriebenen Pfandbuches die Führung zweier Bücher aufzugeben, von denen das eine für Eintragungen an den geraden, das andere für Eintragungen an den ungeraden Tagen des Monats bestimmt ist;

2. für die in den Büchern der Pfandleiher zu führende Rubrik „Bezeichnung des Pfandes“ (§ 5 Ziffer 6 des Gesetzes vom 17. März 1881 Gesetz-Samml. S. 265) folgende vier Unterabtheilungen vorzuschreiben:

1. Gegenstand,
2. Besondere Kennzeichen,
3. Buchstaben,
4. Zahlen.

Berlin, den 11. Juli 1902.

Der Minister des Innern.

(2) Ausführungsbestimmung zu den Tarifen, betreffend die Erhebung der Schifffahrtsabgaben.

- I. Auf der Saale und Unstrut,
- II. auf den Wasserstraßen zwischen der Oder und der Elbe,
- III. auf der Oder von Kosel bis unterhalb Breslau,
- IV. auf dem Klobnitz-Kanal,
- V. auf den Wasserstraßen zwischen Oder und Weichsel,
- VI. auf der kanalisierten oberen Neiße vom Göplo-See bis zur Einmündung in den Bromberger Kanal,
- VII. auf dem Weichsel-Haffkanal,
- VIII. auf der Elbinger Weichsel,

- IX. auf dem oberländischen Kanal,
X. auf der Deime, dem großen Friedrichsgraben,
dem Seckenburger Kanal und der kanalisierten
Gilge.

Vom 15. August d. Js. ab haben die Führer
abgabepflichtiger Fahrzeuge bei jedesmaliger Durch-
fahrt einer Hebe stelle einen nach der geltenden
Schiffsaufordnung ausgefertigten Aidschein vorzu-
legen.

Zuwiderhandelnde, insbesondere diejenigen
Schiffsführer, welche nach dem 14. August d. Js.
statt des Aidscheines einen nach den älteren Schiffss-
vermessungsvorschriften ausgestellten Messbrief zum
Zwecke der Abgabenberechnung vorlegen, machen sich
nach § 2 des Gesetzes vom 2. Mai 1900 Ges. S.
S. 123 strafbar, in dieser Gesetzesvorschrift werden
Geldstrafen bis zu 150 Mk. gegen derartige Zu-
widerhandlungen angedroht.

Die im ersten Absatz dieser Ausführungsbe-
stimmungen begründete Verpflichtung erstreckt sich
nicht auf mit geführte Fischdrobel und auf solche
Fahrzeuge, deren Heranziehung zu den Schiffs-
abgaben nach den geltenden Tarifen weder von ihrer
Tragfähigkeit noch von ihrer Ladung abhängig ist.

Berlin, den 12. Juli 1902.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Bekanntmachung der Königlichen Direktion der Rentenbank für die Provinz Brandenburg.

In Gemäßheit der Bestimmungen des
Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Errich-
tung der Rentenbanken, und des Gesetzes vom 7.
Juli 1891, betreffend die Beförderung der Errichtung
von Rentengütern, wird am 12. August d. Js.
Mittags 12 Uhr in unserem Geschäftslocale, Kloster-
straße 76 I hier selbst, die Auslosung von 3 $\frac{1}{2}$ %
Rentenbriefen der Provinz Brandenburg (Litt. F-K)
unter Beziehung der von der Provinzial-Vertretung
gewählten Abgeordneten und eines Notars statt-
finden.

Berlin, den 18. Juli 1902.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Brandenburg. Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Frankfurt a. O.

(1) Der Herr Minister des Innern hat durch
Erlaß vom 5. Juli d. Js. — IIa 4979 — der
Technischen Kommission für Trabrennen zu Berlin
die Erlaubnis ertheilt, für die noch nicht zur
Ziehung gebrachten reislichen 2000000 Mark der
Berliner Pferdelotterie eine öffentliche Verloosung
von Pferden pp. zu veranstalten und die Lotse im
Bereiche der Monarchie zu vertreiben.

Frankfurt a. O., den 15. Juli 1902.

Der Regierungs-Präsident.

(2) Der Schiffseigner Theodor Rutsch aus
Zehdenick, Kreis Templin, hat am 21. April d.
Js. den 4 jährigen Knaben Fritz Sizlach aus

Landsberg a. W. mit Mut und Entschlossenheit
aus der Gefahr des Ertrinkens in der Warthe ge-
rettet. Dieses opferwillige Verhalten des Genannten
bringe ich hierdurch unter lobender Anerkennung
zur öffentlichen Kenntniß.

Frankfurt a. O., den 20. Juli 1902.

Der Regierungs-Präsident.

(3) Zufolge des neuerdings ergangenen Er-
lasses des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe
vom 11. Juli 1902 (Min.-Bl. der Handels- und
Gewerbeverwaltung S. 271), nach welchem das
Cigarrenmacher- und Tabakspinnergewerbe nicht als
ein Handwerk anzusehen ist, hebe ich hiermit die
von mir im Einvernehmen mit der Handwerkskammer
zu Frankfurt a. O. für das Cigarrenmacher-, Tabak-
spinner- und Sortirerhandwerk erlassene Gesellen-
prüfungsordnung vom 20. Juli 1901 auf. Gleich-
zeitig bringe ich zur Kenntniß, daß ich die Auf-
lösung des von der Handwerkskammer für das ge-
nannte Handwerk errichteten Gesellenprüfungs-Aus-
schusses mit dem Sitz in Frankfurt a. O. ange-
ordnet habe.

Frankfurt a. O., den 24. Juli 1902.

Der Regierungs-Präsident.

(4) Nachdem bei der Abstimmung sich die
Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden für die
Einführung des Beitrittszwanges erklärt hat, ordne
ich hiermit an, daß mit dem Inkrafttreten des zu
genehmigenden Statutes eine Zwangsinnung für das
Schmiede- und Schlossergewerbe, deren Bezirk die
Städte Müncheberg und Buckow, sowie die länd-
lichen Ortschaften (Gutsbezirke) Dahmsdorf, Münche-
hofe, Obersdorf, Jahnsfelde, Trebnitz, Wulkow b. T.,
Quappendorf, Heinersdorf, Tempelberg, Arensdorf,
Hasenfelde, Eggendorf, Schönfelde, Hoppegarten,
Schlagenthin, Hermersdorf, Georgenthal, Falken-
hagen, Wüste-Sieversdorf, Wilmersdorf, Behlendorf,
Garzin und Hasenholz umfaßt, mit dem Sitz in
Müncheberg und unter dem Namen „Schmiede- und
Schlosserinnung (Zwangsinnung) zu Müncheberg“
errichtet werde.

Von dem genannten Zeitpunkte ab gehören
alle Gewerbetreibenden, welche das bezeichnete Hand-
werk betreiben, dieser Innung an.

Zugleich schließe ich zu demselben Zeitpunkte
die jetzige vereinigte Schmiede-, Schlosser-, Klempner-
und Uhrmacherinnung (Freie Innung) in Müncheberg.

Frankfurt a. O., den 23. Juli 1902.

Der Regierungs-Präsident.

(5) Dem Königlichen Forstaußseher Reimer
zu Pulsnitz, Kreis Landsberg a. W., habe ich
unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs die Fischerei-
aufsicht über die Pulse übertragen.

Frankfurt a. O., den 18. Juli 1902.

Der Regierungs-Präsident.

(6) Aus dem deutschen Reiche sind laut Nr.
29 u. 30 des Centralblattes für das deutsche Reich
pro 1902 folgende Ausländer ausgewiesen worden:

a) Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs.
 Josef Auböck, Tagelöhner, geboren am 9. November 1853 zu Großhörgern, Gemeinde Andorf, Bezirk Schärding, Österreich, ortsgehörig ebendaselbst, wegen Ruppelei (14 Tage Gefängnis, laut Erkenntnis vom 26. März 1902,) ausgewiesen von der Königlich bayerischen Polizeidirektion München am 30. Mai d. J., dessen Ehefrau Therese Auböck, geborene Eggersdörfer, geboren am 1. Juni 1859 zu Galgweis, Bezirk Österhofen, Böhmen, ortsgehörig zu Großhörgern, wegen Ruppelei (10 Tage Gefängnis, laut Erkenntnis vom 26. März 1902), ausgewiesen von der Königlich bayerischen Polizeidirektion München am 30. Mai d. J.

b) Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs.
 Peter Gall, Arbeiter, geboren am 29. Juni 1850 zu Ober-Alstadt, Bezirk Trautenau, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, wegen Landstreichens und Bettelns ausgewiesen vom Königlich preußischen Regierungs-Präsidenten zu Erfurt am 27. Juni d. J.

Franz Geisler, Arbeiter, geboren am 11. März 1857 zu Altendorf, Mähren, österreichischer Staatsangehöriger, wegen Landstreichens, Bettelns und Übertretung einer Strafenordnung ausgewiesen vom Königlich preußischen Regierungs-Präsidenten zu Breslau am 11. April d. J.

Karl Groß, Tischlergeselle, geboren am 20. März 1859 zu Kuttelberg, Österreichisch-Schlesien, österreichischer Staatsangehöriger, wegen Bettelns ausgewiesen vom Königlich preußischen Regierungs-Präsidenten zu Oppeln am 30. April d. J.

Heinrich Horn, Eisengießer, geboren am 28. August 1856 zu Dössendorf, Bezirk Gablonz, Böhmen, ortsgehörig ebendaselbst, wegen Landstreichens, Bettelns und groben Unfugs ausgewiesen vom Königlich preußischen Regierungs-Präsidenten zu Cassel am 14. Juni d. J.

Edmund Karger, Hutmacher, geboren am 3. Juli 1883 zu Wien, ortsgehörig ebendaselbst, wegen schwerer Körperverletzung und Bettelns ausgewiesen vom Großherzoglich badischen Landeskommisär zu Mannheim am 27. Juni d. J.

Susanna Maček, geborene Scholz, Blumenbinderin, geboren am 21. Januar 1867, aus Räsmark, Komitat Zips, Ungarn, ortsgehörig zu Bielitz, Österreichisch-Schlesien, wegen Landstreichens und Führung falschen Namens ausgewiesen vom Königlich preußischen Regierungs-Präsidenten zu Oppeln am 12. Mai d. J.

Johann Mazek, Drechsler, geboren am 16. April 1853 zu Tiscau, Bezirk Hohenmauth, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, wegen Landstreichens und Bettelns ausgewiesen vom Königlich bayerischen Bezirksamt Neumarkt i. O. am 7. Juni d. J.

Franz Nowak, Handarbeiter und Former, geboren

am 22. Dezember 1858 zu Branov, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, wegen Bettelns ausgewiesen von der Königlich sächsischen Kreishauptmannschaft Zwickau am 4. Juni d. J.

Franz Maria Swienczin, Hutmacher und Arbeiter, geboren am 29. Oktober 1873 zu Prag, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, wegen Bettelns ausgewiesen vom Königlich preußischen Regierungs-Präsidenten zu Oppeln am 7. Mai d. J.

Reinhold Rotter, Glasmacher, geboren am 30. Mai 1867 zu Tannendorf, Bezirk Senftenberg, Böhmen, ortsgehörig ebendaselbst, wegen Bettelns ausgewiesen vom Königlich preußischen Regierungs-Präsidenten zu Breslau am 27. Februar d. J.

Anton Schubert, Gerber, geboren am 14. August 1851 zu Johndorf, Bezirk Braunau, Böhmen, österreichischer Staatsangehöriger, wegen Bettelns ausgewiesen vom Königlich preußischen Regierungs-Präsidenten zu Breslau am 21. Mai d. J.

Anton Stenvert, Cigarrenarbeiter, geboren am 24. August 1863 zu Deventer, Provinz Oberfriesland, Niederlande, niederländischer Staatsangehöriger, wegen Landstreichens und Bettelns ausgewiesen vom Königlich preußischen Regierungs-Präsidenten zu Hannover am 28. Juni d. J.

Frankfurt a. O., den 21. Juli 1902.
 Der Regierungs-Präsident.

(7) Durch Beschuß des Kreis-Ausschusses des Kreises Grossen vom 15. Juli 1902 ist die bisher kommunalfreie fiskalische Dorfaue zu Eichberg, Kartenblatt 1, Parzellen Nr. 60, in Größe von 1,8640 ha mit der politischen Gemeinde Eichberg vereinigt worden.

Bekanntmachung der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Berlin.

Soweit in den Gütertarifen der deutschen Eisenbahnen für ihre Binnenverkehre und für die Deutschen Wechselverkehre, einschließlich der Wechselverkehre mit den auf Deutschem Gebiete liegenden Stationen Niederländischer Eisenbahnen, der Ausnahmetarif 1 (Holztarif) gilt, wird mit Gültigkeit vom 1. August 1902 unter Ziffer 4 des Waarenverzeichnisses des Ausnahmetarifs in der ersten Klammer das Wort „Sorten“ in „Arten“ abgeändert.

Im Gruppen- und Wechselverkehr der vereinigten preußisch-hessischen Staatsbahnen, im Binnenverkehr der Militärbahn, im Militärbahn-Staatsbahnverkehr, im Binnenverkehr der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, im Reichsbahn-Staatsbahnverkehr, im Wechselverkehr der preußisch-hessischen Staatsbahnen mit den Olbenburgischen Staatsbahnen und mit Station Kempen der Breslau-Warschauer Eisenbahn ist diese Tarifmaßnahme nach unserer Bekanntmachung vom 27. Juni d. Js. bereits am 1. Juli d. Js. eingeführt worden.

Berlin, den 16. Juli 1902.

Königliche Eisenbahndirektion,
 zugleich namens der beteiligten Verwaltungen.

Personal-Chronik.

(1) Der Regierungs-Assessor Dr. Knoll in Sorau ist der Königlichen Regierung in Stade zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

(2) Der Regierungssupernumerar Ermel hier ist zum Regierungssekretär ernannt worden.

(3) Der Rentmeister Jansen in Zielenzig ist vom 1. September 1902 ab in gleicher Eigenschaft nach Ziegenhain, Regierungsbezirk Cassel, versetzt, und dem Regierungs-Sekretär Koeble in Frankfurt a. O. — unter Ernennung zum Rentmeister — von diesem Tage ab die Rentmeisterstelle bei der Königlichen Kreis-Kasse in Zielenzig verliehen worden.

(4) Der Rentmeister Rechnungsrath Müller

(2) Ausschreiben der von den Mitgliedern der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg für das I. Halbjahr 1902 zu entrichtenden Beiträge.

Für das I. Halbjahr 1902 sind aufzubringen:

1. Bergütungen für Brand- und Blizschäden, einschließlich der Abschätzungsgebühren und Prämien	135 960 M.
2. Gemeinnützige Ausgaben und Verwaltungskosten	42 355 "
3. Rückversicherungsbeiträge	118 427 "
	<u>zusammen</u> 296 742 M.

Durch Rückversicherung, Zinsen und andere Einnahmen sind gedeckt 83 880 "

Mithin Bedarf 212 862 M.

Auf Grund des Beschlusses des Direktorialrathes der Societät vom 25. v. Mts. werden ausgeschrieben

von	86 206 350 M. Versicherungssumme in Kl.	IA zu	1,8 Pf. vom Hundert	15 517 M. 14 Pf.
"	332 669 350	"	I 3	99 800 " 81 "
"	28 561 625	"	IB 5,4	15 423 " 28 "
"	6 097 775	"	IIA 6	3 658 " 66 "
"	102 821 450	"	II 9	92 539 " 31 "
"	13 426 400	"	IIB 18	24 167 " 52 "
"	9 602 475	"	III 21	20 165 " 20 "
"	4 293 900	"	IIIB 30	12 881 " 70 "
"	2 141 450	"	IV 42	8 994 " 09 "
"	1 736 475	"	IVB 66	11 460 " 73 "

überhaupt von 587 557 250 M. beitragspflichtiger Versicherungssumme
dazu " 1 269 975 " Explosionsversicherungssumme zu 1 Pf.
" " 875 275 " "

304 608 M. 44 Pf.

127 " — "

175 " 05 "

304 910 M. 49 Pf.

20 572 " 96 "

284 337 M. 53 Pf.

824 " 17 "

ergeben sich 285 161 M. 70 Pf.

13 828 " 96 "

271 332 M. 74 Pf.

212 862 " — "

mithin Überschuss 58 470 M. 74 Pf.

Auf Grund des § 62 des Reglements sind hiervon erlassen
Dagegen werden an Zuschlägen erhoben
Hier von stehen den Magistraten 5 bezw. 4 vom Hundert zu mit
so daß zur Deckung des Bedarfs verfügbar bleiben
Der letztere beträgt

welcher dem Bestande der laufenden Verwaltung zufliest.

Die Magistrate der beteiligten Städte wollen hiernach die von den Mitgliedern der Societät zu entrichtenden Beiträge ungesäumt einziehen und binnen vier Wochen — § 67 des Reglements — an die Brandenburgsche Landeshauptkasse hierselbst abführen.

Berlin, den 3. Juli 1902. Der Director der Städte-Feuer-Societät der Provinz Brandenburg.